



**Landratsamt Fürth**  
Amtsperiode 2020/2026

# Niederschrift über die öffentliche 1. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses

---

Sitzungsdatum: Dienstag, 22.09.2020  
Beginn: 08:30 Uhr  
Ende: 11:23 Uhr  
Ort: Landratsamt Fürth, Stresemannplatz 11, Sitzungssaal

---

## ANWESENHEITSLISTE

### Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

### Ausschussmitglieder

Kreisrat Ammon, Erich  
Kreisrätin Egerer, Jutta  
Kreisrat Emmert, Uwe, 1. Bürgermeister  
Kreisrat Förster, Theodor  
Kreisrätin Franz, Irene  
Kreisrätin Hauber, Sandra  
Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister  
Kreisrat Peter, Thomas  
Kreisrat Reuther, Christoph  
Kreisrat Röhn, Martin  
Kreisrat Ruf, Fritz  
Kreisrat Schaa, Wolfram  
Kreisrätin Schöttner, Marie

Vertretung für Herrn Bernd Zimmermann  
Vertretung für Herrn Peter Köninger

### Schriftführer/in

Verwaltungsfachangestellte Zeilinger, Sonja

### Verwaltung

Balko, Robert  
Buness, Elena  
Auszubildende Eckert, Julia  
Verwaltungsamtmann Knoll, Benjamin  
Verwaltungsamtsrat Kohler, Martin  
Verwaltungsfachangestellte Müller, Andrea  
Schuhmann, Johann  
Oberregierungsrätin Walter, Karin

### Referenten

Planungsbüro Kaulen, Dr.

***Abwesende und entschuldigte Personen:***

**Ausschussmitglieder**

Kreisrätin Igel, Angelika

Kreisrat Köninger, Peter

Kreisrat Zimmermann, Bernd, 1. Bürgermeister

# TAGESORDNUNG

## Öffentliche Sitzung

- |     |   |                 |
|-----|---|-----------------|
| 1   | Genehmigung der Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 19.03.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage |                 |
| 2   | Mitteilungen  |                 |
| 2.1 | Radwegebau an Bundes- und Staatsstraßen in Bayern 2020-2024   | <b>144/2020</b> |
| 2.2 | Projektzusage für die Global Nachhaltige Kommune in Bayern  | <b>149/2020</b> |
| 2.3 | Energie- und CO2-Bilanz   | <b>139/2020</b> |
| 2.4 | ÖPNV-Statistik 2019   | <b>116/2020</b> |
| 2.5 | Aktueller Sachstand Taktverdichtung S4  | <b>117/2020</b> |
| 2.6 | Einführung eines allgemeinen 365-Euro-Ticket im ÖPNV; Mitteilung des Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr  | <b>147/2020</b> |
| 3   | Radverkehrskonzept Landkreis Fürth; Vorstellung Kreisradnetzkonzeption  | <b>120/2020</b> |
| 4   | ÖPNV Controlling-Bericht 2018   | <b>119/2020</b> |
| 5   | Anfragen  |                 |

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 08:30 Uhr die 1. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

## Öffentliche Sitzung

|              |  |
|--------------|--|
| <b>TOP 1</b> | <b>Genehmigung der Niederschrift über die 27. öffentliche Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 19.03.2020 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage</b> |
|--------------|--|

**Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0**

|              |                     |
|--------------|---------------------|
| <b>TOP 2</b> | <b>Mitteilungen</b> |
|--------------|---------------------|

|                |  |
|----------------|--|
| <b>TOP 2.1</b> | <b>Radwegebau an Bundes- und Staatsstraßen in Bayern 2020-2024</b> |
|----------------|--|

**Kreisrat Schaa** bezieht sich auf den Geh- und Radweg zwischen Weinzierlein und Roßtal. Mit dem neuen Radwegebauprogramm würde der Antrag aus dem Jahr 2012 nun endlich umgesetzt. Es zeige sich aber, dass solche Vorhaben einen langen Vorlauf hätten. Er sei gespannt, wie lange die Umsetzung dauern werde.

|                |   |
|----------------|---|
| <b>TOP 2.2</b> | <b>Projektzusage für die Global Nachhaltige Kommune in Bayern</b> |
|----------------|---|

08:38 Uhr Kreisrat Bertram Höfer kommt zur Sitzung

|                |                                |
|----------------|--------------------------------|
| <b>TOP 2.3</b> | <b>Energie- und CO2-Bilanz</b> |
|----------------|--------------------------------|

Klimaschutzmanager **Robert Balko** stellt die Energie und CO2-Bilanz aus den Jahren 2017 und 2018 vor.

**Kreisrat Schaa** bedankt sich für die Präsentation. Er stellt fest, wenn man laut der Berechnung bei einem Wert von 6,7 Tonnen pro Einwohner pro Jahr liege, werde es herausfordernd bis 2025 auf einen Wert von 4,2 Tonnen zu gelangen. Er wünsche sich, dass die Ziele erreicht würden, um den Ansprüchen der Klimaneutralität gerecht zu werden. Bürgerinnen und Bürger müssten hier unbedingt mitgenommen werden, um die Ziele zu erreichen. Er würde sich wünschen, dass die Berechnungsgrundlage zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal detaillierter präsentiert würde und interessierte Kreisrätinnen und Kreisräte daran teilnehmen könnten.

**Der Landrat** schlägt vor, dass Herr Balko die Berechnung in einem Ausschuss noch einmal gesondert vorstellt und genauer erklärt. Er ergänzt, die lokale Ebene sei zum Erreichen der Ziele wichtig, die Bundesebene bzw. deren Vorgaben aber noch wichtiger.

**Kreisrat Peter** hat eine Frage zur Solaroffensive des Landkreises. Er möchte wissen, ob sich das Solarkataster auf die Dächer beschränke.

**Herr Balko** bejaht dies. es gehe nur um die Dachflächen.

Daraus ergibt sich für **Kreisrat Peter** eine Frage. Die Stadt Oberasbach favorisiere keine Flachdächer, sondern andere Dächer auf die man Solaranlagen bauen könne. Jedes Mal würde das Bauamt des Landratsamtes hierfür nur Flachdächer zulassen. Dies widerspreche sich aber doch.

**Der Landrat** antwortet, das staatliche Bauamt sei dahingehend an Recht und Gesetz gebunden. Es habe zu verschiedenen Baugebietstypen verschieden Rechtsnormen anzuwenden. Das

Bauamt hätte hier keine Gestaltungsmöglichkeit, diese hätten die Kommunen. Sie hätten die Planungshoheit wie etwas aussehen solle und könnten dazu einen Bebauungsplan aufstellen. Bei Dachformen sei also die Kommune gefordert.

09:00 Uhr Kreisrat Martin Röhn kommt zur Sitzung

**Kreisrat Peter** zeigt hierfür Verständnis. Er habe aber den Eindruck, dass in den Bereichen in denen kein Bebauungsplan existiere immer anders entschieden werde, als es die Kommune vorschlägt.

**Der Vorsitzende** betont noch einmal, dass das staatliche Bauamt hier nur eine Vollzugshoheit und keine Gestaltungshoheit habe. Rechtsnormen und Gerichtsurteile seien hier Entscheidungsgrundlage und gerade die Gerichtsurteile würden immer mehr einschränken. Man dürfe nie mit unterschiedlichem Maß messen. Er könne die Kommune deshalb nur ermutigen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

**Kreisrat Schaa** bittet darum, das Thema Klimaschutz und Solaroffensive nochmals intensiv zu bewerben, da es bei vielen noch nicht angekommen sei. Er schlägt hierfür das Landkreismagazin vor.

**Landrat Dießl** entgegnet, dass Herr Balko bereits für jedes zweite Magazin Informationen zur Thematik liefere. Er teile den Eindruck nicht, es habe schon Rückmeldungen von Handwerkern gegeben, die dadurch schon Anfragen und Aufträge von Bürgern erhalten haben. Auch bei Herrn Balko seien schon einige Bürgeranfragen hierzu eingegangen. Einige Gemeinden hätten die Broschüre auch an alle Haushalte verteilt.

**Kreisrat Reuther** möchte wissen, wo Herr Balko das größere Potential sehe. Ob es eher Fernwärme, Biogas und Nahwärme oder private Solarthermie sei und was in dem angegebenen Prozentsatz enthalten sei.

**Herr Balko** erklärt, jeder Wärmetyp sei im Prozentsatz beachtet und eingerechnet worden. Es sei schwierig zu sagen, welcher Bereich am meisten Potential habe. Nahwärme auszubauen sei gut. Bei den Biogasanlagen wäre es wichtig die Effektivität zu steigern. Alte Anlagen aufzuwerten und mit neuer Ausrüstung besser auszustatten. In diesem Bereich etwas Neues zu schaffen sei schwer, eine Aufwertung aber machbar und gut. Nahwärmenetze seien eher etwas, das man angehen sollte.

**Der Landrat** möchte gerne wissen, wo die Infra-Biogasanlage, die in Cadolzburg steht in der Bilanz auftaucht. Sie stehe im Landkreis, produziere aber für die Stadt Fürth.

**Herr Balko** kann dies nicht sicher sagen und klärt es noch einmal ab.

**Kreisrat Ammon** merkt an, die Zahlen von 2017 und 2018 würden in die richtige Richtung zeigen. Er fragt an, ob Herr Balko schon etwas zum Jahr 2019 sagen könnte. Zudem möchte er wissen, ob die Solaroffensive Denkmalsgeschützte Häuser ausschließe. Er sehe hier ein riesiges Potenzial.

**Herr Balko** antwortet, zu 2019 und 2020 könne er noch nichts sagen. Er könnte sich aber vorstellen, dass die Zahlen besser seien. Denkmäler seien mit der Anmerkung „baurechtliche Einschränkungen“ aufgenommen. Das heiße aber nicht, dass nicht gebaut werden dürfe, sondern der Einzelfall geprüft werden müsse. Deshalb sei im Internet auch eine Kontaktperson aus der Bauverwaltung angegeben, die im Einzelfall gefragt werden kann, ob dies möglich ist.

## TOP 2.4 ÖPNV-Statistik 2019

**Frau Müller** stellt die ÖPNV-Statistik vor.

**Kreisrat Schaa** stellt fest, dass die Linien 154 und 120 sehr positiv anzusehen sind. Man müsse aber die Einwohnerentwicklung und die Einwohnerzuwächse darüberlegen um zu sehen, ob sich die Zahlen dann relativieren. Beim Thema Verkehr und CO<sub>2</sub>-Ausstoß tue sich insgesamt

zu wenig, man habe noch viel zu tun und müsse vorangehen. Außerdem möchte er wissen, ob die Linie 113, der Expressbus schon ausgeschrieben ist bzw. wann die Maßnahme umgesetzt werde.

**Frau Müller** erklärt, die Ausschreibung sei erfolgt, die Umsetzung trete dann zum Fahrplanwechsel ein.

**Der Vorsitzende** fügt hinzu, man habe einen Einwohnerzuwachs in der Größe einer Gemeinde wie Cadolzburg zu verzeichnen, der Verkehr sei trotzdem nicht angewachsen. Dies solle nicht außer Acht gelassen werden.

**Kreisrat Höfer** bedankt sich für den Bericht. Er sehe das sehr attraktive Angebot im Landkreis. Die Zahlen zeigen, dass es im Bereich der Nutzung des ÖPNV vorangehe und die Bürgerinnen und Bürger vom Auto auf den ÖPNV umsteigen. So könnten auch die Klimaziele erreicht werden. Bei den nachjustierten Linien, wie der Linie 154, sei es sehr erfreulich zu sehen, dass diese angenommen werden. Der Wunsch nach einer weiteren Taktverbesserung der Linie 154 sei aber vorhanden. Allgemein müsse man schauen, wo im Landkreis noch Verbesserungen in der Taktverdichtung möglich sind.

**Der Landrat** antwortet, es werde immer geschaut, wo Verbesserungen möglich sind. Es werde überprüft wie das Angebot angenommen wird und dann entschieden, wie es weitergehe. Ab einem gewissen Punkt müssten dann auch die Gemeinden mehr Geld in die Hand nehmen, da dann eine 50/50 Kostenteilung erfolgt. Außerdem wäre auch die Akzeptanz der Bevölkerung wichtig, die bei leer fahrenden Bussen nicht so hoch sei.

#### **TOP 2.5 Aktueller Sachstand Taktverdichtung S4**

**Kreisrat Schaa** meint, in der Vergangenheit wurden technische Gründe angeführt, die eine Verbesserung der Taktung nicht möglich gemacht hätten. Seien diese nun behoben?

**Der Landrat** erklärt dies wäre nicht der Fall. Der limitierende Faktor sei nicht nur die Bestellung von mehr Wägen und Personal. Im Bereich Signal und im baulichen Bereich müsse hier gearbeitet werden. Aktuell wäre man froh, in bestimmten Zeiten eine Verbesserung zu erzielen. Um einen kontinuierlichen 20 Minuten Takt zu erreichen, wären aber mehr Maßnahmen notwendig.

**Kreisrat Schaa** ist es ein Anliegen eine Taktverbesserung der S4 zu erreichen.

**Der Vorsitzende** antwortet auch der Zenngrund wäre wichtig. Gerade in den Morgenstunden wäre die Trasse zwischen Fürth und Siegelsdorf ein absolutes Nadelöhr. Man arbeite an der Thematik.

#### **TOP 2.6 Einführung eines allgemeinen 365-Euro-Ticket im ÖPNV; Mitteilung des Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr**

**Kreisrat Röhn** spricht den Schwerpunkt der Elektro-Antriebe an und möchte wissen, ob von der Staatsregierung schon bekannt sei, wie die Ausgestaltung aussehen werde, damit man sich rechtzeitig Gedanken zur Finanzierung machen könne.

**Der Landrat** antwortet es gäbe immer wieder Förderprogramme für die Verkehrsunternehmen, aber nicht für den Aufgabenträger. Die Förderungen seien dabei unterschiedlich gestaffelt. Im Bereich der Städte mit NOx Problem gäbe es eine andere Förderung als außerhalb dieser Städte. Von diesem Sonderprogramm würde im Landkreis nur die Stadt Stein profitieren. Der Landkreis gebe den Unternehmern zusätzlich einen Anreiz in ihrer Fahrzeugtechnologie umzusteigen, indem eine Ko-Finanzierung angeboten werde. Der Landkreis lasse aber offen, auf welche Technologie sie umsteigen Elektro, Wasserstoff oder ähnliches. Die finanziellen Möglichkeiten seien aber begrenzt.

**Frau Müller** ergänzt, falls Herr Röhn auf die EU-Richtlinie abziele, seien diese noch nicht in nationales Recht umgewandelt. Daher wäre noch nicht klar, welche Auflagen die Aufgabenträger bekommen. Bei den aktuellen Ausschreibungen könne nur das jetzt geforderte umgesetzt werden.

**Kreisrat Ammon** meint, über finanzielle Mittel werde nicht mehr viel gesprochen. Rettungsschirme würden irgendwann auslaufen. Wie schnell könnten also all diese Ziele realisiert werden. Wie sehe die Einnahmesituation aus und könne das alles überhaupt noch finanziert werden? Vielleicht müsse man über eine Prioritätensetzung nachdenken.

**Landrat Dießl** erklärt, Prüfung und Vorberatung seien wichtig. Am Ende gebe es eine Haushaltsberatung. Dort werde sich zeigen, was das finanziell bedeute. Insgesamt gebe es zwei Bereiche: laufendes und investives Geschäft. Der Landkreis sei in einer gesunden Ausgangslage. Insgesamt habe man eine sehr niedrige Fremdkapitalquote, sodass ein bis zwei schlechte Jahre mit Fortführung der Investitionsprogramme gut überstanden werden könnten. Beide Stellschrauben müssten für den Haushalt beachtet werden und ggf. etwas zurückgestellt werden, das nicht zwingend ist. Unbehagen bereite die Meldung aus der Bezirksebene, die von einer Steigerung der Umlage spreche.

### TOP 3 Radverkehrskonzept Landkreis Fürth; Vorstellung Kreisradnetzkonzeption

**Herr Dr. Kaulen** stellt die Kreisnetzkonzeption vor.

**Kreisrat Reuther** findet, dass die Zusammenarbeit im Landkreis Fürth hier hervorragend geklappt habe. Ihn würde aber interessieren, inwieweit die Nachbarlandkreise und kreisfreien Städte eingebunden wurden, um so die losen Enden an der Landkreisgrenze fortzuführen. Die Landkreise Roth und Ansbach seien ja aktuell auch noch kein Mitglied der AGFK.

**Herr Dr. Kaulen** antwortet, im Rahmen der ersten Analysen seien auch die Netzplanungen der Nachbarstädte Fürth und Nürnberg abgefragt worden. Die Kommunikation mit den anderen werde auch gesucht, um beispielweise Hauptachsen fortzuführen.

**Der Landrat** ergänzt, Beispiele für die Fortführung über die Landkreisgrenzen hinaus wären die Anbindung nach Rohr, die B14 Weiterführung Richtung Buchschwabach, oder die Strecke zwischen Tuchenbach und Höfen, um den Landkreis Erlangen-Höchstadt anzuschließen.

**Kreisrat Schaa** bedankt sich für die Aufstellung. Er möchte konkret zum Radweg von Zirndorf nach Fürth eine Anfrage äußern. Er bedauert, dass dieser nicht als Nebenstrecke aufgenommen wurde. Es handle sich um einen nicht asphaltierten Weg, der in den letzten Jahren immer mehr genutzt wurde. Da der Weg auch von Berufstätigen, die nach Fürth und Nürnberg fahren genutzt werde, wirft er in den Raum über diesen Weg zu sprechen.

**Kreisrätin Hauber** unterstützt den Vorschlag von Kreisrat Schaa. Der Weg sei in den letzten Jahren aus dem Fokus geraten. Es bestünden Probleme mit der Infra. Der Weg sei aber hoch frequentiert. Gespräche seien bisher gescheitert. Vielleicht könnte man diese Gesamtkonzeption jetzt nutzen, um noch einmal einen Vorstoß zu wagen.

**Den Vorsitzenden** interessiert, was Zirndorf hierzu gesagt habe, er sei davon ausgegangen, dass der Weg enthalten ist.

**Herr Dr. Kaulen** antwortet, es habe hier verschiedenste Varianten gegeben. Im Juli habe man beraten und einvernehmlich entschieden, den Weg aufgrund der Diskussionen, nicht ins Kreisverkehrsnetz aufzunehmen und ihn eine Hierarchiestufe hinab auf Gemeindeebene zu legen. Er nehme ihn aber gerne mit auf.

**Kreisrat Schaa** entgegnet, es sei vielleicht wegen der jahrelangen Diskussion eine gewisse Resignation entstanden, der Radweg sollte aber nicht außen vor bleiben.

**Der Landrat** nennt als Hauptgrund des Problems, dass der Radweg durch die engere Zone des Wasserschutzgebietes laufe und es hier einen sehr flachen Brunnen gäbe, an dem fast nur Oberflächenwasserentnahme stattfinde. Die Infra brauche diesen auch für die Versorgung der Stadt. Ihn als alternativ Route in Nebenverbindungen aufzunehmen mache aber Sinn. Man sei sich aber einig, dass Trinkwasser ein sehr hohes Gut sei.

**Kreisrat Röhn** bringt an, es gäbe zwar physische Karten, beliebte Dienste wie Google Maps, Apple Maps und ähnliche würden aber wenige Daten über die Radwege enthalten. Die junge

Generation nutze diese aber. Vielleicht sollte man deshalb überlegen, diese dort einzutragen, um den Umstieg einfach und bequem zu machen.

**Der Landrat** antwortet alle Freizeitrouten gäbe es bereits digital in GPS Diensten.

**herr Dr. Kaulen** versteht das Anliegen. Die angesprochenen Dienste seien gut aber eine nicht gesicherte Datenquelle. Hier sei der Freistaat in der Pflicht und arbeite an einem zertifizierten System.

**Kreisrat Schaa** bringt an, er arbeite persönlich mit OpenStreetMap und habe hier nicht immer beste Erfahrung gemacht. Eine eigene App habe also auch etwas für sich und der Radfahrer könne selbst entscheiden was er nutze.

**Der Landrat** bringt an, man gebe das Anliegen noch einmal weiter, müsse aber auf gesicherte staatliche Daten bauen.

**Kreisrat Peter** fragt an, ob die 6 Prozent und 10 Prozent aus der Vorlage eine allgemeine Information aus einer bundesweiten Befragung sind oder aus einer Landkreisbefragung.

**Der Vorsitzende** erklärt, man habe sich an einer Bundesstudie beteiligt und eine Vertiefung für den Landkreis in Auftrag gegeben. Dies seien die Landkreisergebnisse aus der Gesamtmobilitätsstudie. Stand 2017 waren es 6 Prozent. Die 10 Prozent seien dabei die Zielvorstellung für das Jahr 2020. Subjektiv wahrgenommen seien nach dem Lockdown mehr Radfahrer unterwegs.

**Kreisrat Peter** fragt nach, ob es das Ziel des Landkreises sei mehr Freizeitradler zu erreichen. Er sehe nur zwei oder drei Hauptrouten, die man als Arbeitnehmer wahrnehmen würde.

**Der Landrat** bringt an, es gehe hier um das Alltagsradverkehrsnetz. Man müsse natürlich auch die Bevölkerungsdichte sehen, die nicht überall gleich hoch ist. Für einen Radschnellweg benötige man eine gewisse Nutzungsquote. Eine Radschnellwegeverbindung im ländlichen Raum sei deshalb nicht darstellbar.

**Herr Dr. Kaulen** ergänzt, für einen Radschnellweg sei eine Grundvoraussetzung für eine Förderung des Bundes mind. 2000 Radfahrer pro Tag auf der Strecke. Dies habe man im westlichen Bereich des Landkreises nicht. Aber auch hier brauche es Qualität.

**Der Landrat** stellt zum Schluss fest, die besprochene Strecke werde wie angeregt aufgenommen.

Herr Dr. Kaulen verlässt die Sitzung

#### **Beschluss:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der abgestimmten Zielnetzplanung als Bestandteil des Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Fürth zu.

**Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0**

#### **TOP 4 ÖPNV Controlling-Bericht 2018**

#### **Beschluss:**

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt:

1. Der Controlling-Bericht 2018 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die festgelegten Handlungs- bzw. Beobachtungserfordernisse durchzuführen.

**Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0**



**Kreisrat Schaa** hat eine Anfrage zur Einführung der Gelben Tonne. Er möchte wissen, ob Bürgerinnen und Bürger eine kleinere Tonne zur Verfügung gestellt werden könnte, oder ob es möglich wäre diese nur alle vier Wochen zu leeren. Vielleicht wäre auch eine Nachbarschafts- tonne eine Idee. Er wisse nicht, welche Einflussmöglichkeiten man hier habe. Schön wäre es aber, wenn Fragen zur gelben Tonne im Landkreismagazin beantwortet werden könnten.

**Der Vorsitzende** antwortet, man habe im Gremium die 240 Liter Tonne beschlossen. Er wisse spontan nicht, ob zwecks der Ladetechnik eine geringere Größe mit 120 Litern möglich sei oder dies im Beschluss enthalten sei. Dies müsse noch einmal im Beschluss nachgesehen werden. Für die Gelbe Tonne sollte eine Nachbarschafts- tonne möglich sein. Tonnengröße und Einstellbarkeit würde noch einmal in das Landkreismagazin aufgenommen.

**Kreisrat Schaa** bringt eine zweite Frage an. Er bittet darum das Hygienekonzept für die Schul- buslinie 122 zu überprüfen. Es habe sich hier in der Nutzung nicht viel geändert. Vielleicht kön- ne man hier eine Verbesserung durch einen weiteren Bus schaffen.

**Der Landrat** entgegnet, er habe das Vorgehen der Fraktion hier unschön gefunden. Das Land- ratsamt sei nicht aufgrund der Anfrage tätig geworden, wie von der Fraktion dargestellt. Man habe sich mit der Thematik beschäftigt. Der Freistaat habe allerdings erst am Dienstag vor Schulstart angekündigt, wie der Schulstart aussehe. Freitagnachmittag habe man bereits alles geregelt und 15 Verstärkerbusse eingesetzt. Der Freistaat fördere diese Verstärkerbusse nur bei einer gewissen Auslastung, die Informationen dazu habe die Verwaltung erst am Donner- stag erhalten. Im Bus könne der Mindestabstand allerdings nicht eingehalten werden, deshalb gelte hier ja auch eine Maskenpflicht. Es werde zukünftig so gehandhabt, dass ein Reisebus mit 55 Personen und ein Linienbus mit 50 Personen als voll besetzt gewertet wird. Dann könne ein Verstärker eingesetzt werden. Der ÖPNV befördere Schüler derzeit Corona konform, die Linie 122 werde aber noch einmal angeschaut.

**Frau Müller** ergänzt, bei der Linie 122 müssten sich die Schülerströme anders verteilen. Dies funktioniere aktuell nicht. Es gäbe einige Minuten später einen weiteren Bus, viele Schüler woll- ten aber nicht warten. Die Busse seien aber nicht grundsätzlich überfüllt.

**Kreisrat Schaa** antwortet, seine Fraktion habe nicht gewusst, dass es eigentlich am Freistaat liege, man arbeite gerne mit der Verwaltung zusammen.

**Der Vorsitzende** ergänzt, dass die Anfrage gleichzeitig an die Presse versendet worden sei, die dies verwendet. Auch die Facebook Beiträge zu dem Thema finde die Verwaltung unschön.

**Kreisrätin Franz** hat eine Anfrage zu der Gefahrenstelle an der Kreuzung Keidenzell, Deberndorfer Straße und Fürther Straße. LKW´s blieben hier teilweise hängen. Seit einigen Monaten wäre ein Bürger aktiv, um zu erfragen ob eine Vermessung möglich sei. Die Stadt Langenzenn habe einen Antrag zur Prüfung der Kreuzung an das Landratsamt weitergeben.

**Der Vorsitzende** erklärt, Lastwägen dürften hier nur von einer Seite einfahren, da sie sonst in der Schleppkurve hängenblieben. Um die Situation zu verbessern, müssten dort Häuser abge- rissen werden. Ein Eingriff in die Gebäudesubstanz stehe nicht im Kosten-Nutzen-Verhältnis. Von einem aktuellen Antrag wisse er persönlich aber nichts.

Des weiteren erzählt **Kreisrätin Franz**, ärgere man sich über die Raser an den Ortseingängen. Bewohner würden teilweise ihre Autos dort parken, damit Raser nicht mit einer Geschwindigkeit von 80 km/h durchfahren würden. Es gäbe ja das Programm zum Bau von Querungsinseln und Kurvenbau. Die Anwohner würden nicht verstehen, warum hier nicht zügiger gehandelt werde.

**Der Landrat** antwortet, bis auf eine im Programm aufgenommene Maßnahme seien alle abge- schlossen. Eine Querungsinsel koste min. ca. 200.000€ und bremse den Verkehr nicht wirklich, da keine Verengung entstehe. Geschwindigkeitsanzeige-Messgeräte und Blitzen hätte den größten Effekt. Man habe gewisse Grundrahmenbedingungen, die eingehalten werden müs- ten. Zusätzliche Straßen seien auch nicht sinnvoll. Wenn in Keidenzell ein Geh- und Radweg angelegt würde, würde auch automatisch eine Querungsinsel gebaut werden.

Zuletzt möchte **Frau Franz** wissen, wer im Landratsamt für Bauten im Außenbereich zuständig sei, bzw. wenn Ausgleichsflächen nicht eingehalten werden würden. Es gehe ihr um eine Kompostieranlage in Keidenzell, die schon seit Jahren Bäume hätte pflanzen müssen. Sie möchte wissen, wer das kontrolliere.

**Der Vorsitzende** erwidert, hier sei die Naturschutzbehörde zuständig. Allerdings gäbe es nicht genug Personal, um flächendeckend zu kontrollieren. Konkreten Informationen gehe man aber immer nach.

**Kreisrätin Schöttner** fragt nach, welche Ziele des Klimaschutzkonzeptes schon umgesetzt seien und ob man eine Aktualisierung vorsehe.

**Der Landrat** antwortet, eine Aktualisierung sei aktuell nicht vorgesehen, Herr Balko könne aber gerne über den aktuellen Zwischenstand berichten.

**Kreisrat Röhn** hat eine Frage bezüglich des Glasfaserausbaus im Kreisgebiet. Außerdem möchte er wissen, wie viele Schüler eine zu schlechte Internetanbindung hätten um am Fernunterricht teilnehmen zu können, wenn die Schule wieder geschlossen würde.

**Der Vorsitzende** erklärt, hier liege keine Zuständigkeit vor. Er glaube aber nicht, dass es Familien im Landkreis gebe, denen keine Internetanbindung zu Verfügung stünde. Zum Glasfaserausbau könnten evtl. die örtlichen Gemeinden Auskunft geben, die dies stark verfolgen. Eigentlich sei hierfür aber der Bund zuständig und es gäbe Tabellen des Freistaats dazu.

**Kreisrätin Hauber** trägt bei, dass die Schulen hier auf Hochtouren arbeiten und abfragen machen. Das größere Problem seien aber die technischen Geräte, die manche Schüler nicht besitzen.

Bezüglich der technischen Geräte antwortet **der Landrat**, mit Hilfe des Bundesförderprogramms seien Laptops schon an die Schulen geliefert worden und I-Pads in der Vergabe. Der Glasfaserausbau an den Schulen sei ebenfalls beschlossen und Ende des Jahres überall abgeschlossen.

Landrat Matthias Dießl schließt um 11:23 Uhr die 1. Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses.

Zirndorf, den 18.01.2021

Matthias Dießl  
Landrat

Sonja Zeilinger  
Schriftführer/in